



Samstag, 22. Oktober 2011  
Nr. 84 / 84. Jahrgang  
Fr. 5.- | € 4.- (im Ausland)

redaktion@fuw.ch | verlag@fuw.ch  
abo-zeitungen@tamedia.ch  
AZ 8021 Zürich, Telefon 044 298 35 35  
Abo-Service 044 404 65 55  
Fax Redaktion 044 298 35 50  
Fax Verlag 044 298 35 00  
Fax Abo-Service 044 404 69 24  
[www.fuw.ch](http://www.fuw.ch)

# FINANZ und WIRTSCHAFT

## «Wettbewerb in vollem Gang»

MARTIN STEIGER  
CEO Energiedienst

Energiedienst erzeugt ausschliesslich Strom aus Wasserkraft. Das an der Schweizer Börse kotierte Unternehmen setzt die Energie vor allem in Süddeutschland ab. Dort herrscht Konkurrenz durch neu gegründete Stadtwerke und Billiganbieter.

□ Herr Steiger, als Ökostromanbieter müssten Sie von der Energiewende in der Schweiz und Deutschland profitieren. Wie sind Sie ins zweite Halbjahr gestartet? Die zweite Jahreshälfte ist wie erwartet angefallen. Der Stromabsatz entwickelt sich im süddeutschen Versorgungsgebiet und in der Schweiz stabil. «NaturEnergie» wird deutschlandweit stärker nachgefragt. Bei Industrie- und Gewerbekunden sehen wir einen etwas höheren Umsatz.

□ Demnach leiden Geschäftskunden nicht unter der unsicheren Wirtschaftslage und beziehen weniger Strom? Wir stellen keinen Rückgang fest. Allerdings kommt es in unserem Versorgungsgebiet wohl noch zur Schliessung der Papierfabrik Albruck zum Jahresende, das wird sich aber erst 2012 in den Zahlen niederschlagen. Es geht dabei um 80 bis 100 Gigawattstunden. Strukturelle Veränderungen und Standortverlagerungen bleiben somit ein Thema.

□ Sie hatten mit einem schärferen Wettbewerb gerechnet. Ist der ausgeblieben? Der Wettbewerb ist in Deutschland im vollen Gang, eine Vielzahl von Discountanbietern will die Kunden mit Billigpreisen locken. Wir haben aber weiterhin mit knapp 20% eine niedrigere Fremdversorgungsquote in unserem Netzgebiet als der deutsche Durchschnitt.

□ Die Wasserstände des Rheins sind unter dem langjährigen Mittel. Energiedienst kann weniger Strom produzieren und muss mehr zukaufen. Was kostet Sie das? Am Hochrhein muss man von einem trockenen Jahr 2011 sprechen. Aktuell liegen wir etwa 17% unter der Normalproduktion. Der zusätzliche Stromeinkauf ist für Energiedienst eine Belastung, gehört aber zum Kernrisiko. Wir gehen davon aus, dass sich die Situation bis Jahresende erholt, aber nicht mehr ganz ausgleicht.

□ Was bringt der Euro-Mindestkurs? Seitdem wir EnAlpin aus dem Wallis 2008 übernommen haben, ist die Erfolgsrechnung relativ gut gegen Währungsschwankungen abgesichert. Natürlich hinterlässt der starke Franken Spuren in unserer Bilanz. Wenn wir das Jahr mit einem Kurs von 1.23 Fr. verlassen, ist der Effekt begrenzt. Insofern ist die Politik der Schweizerischen Nationalbank für uns eine Erleichterung.

FORTSETZUNG AUF SEITE 14

## Staat und Bürger

Der Staat ist zum besten Nutzen der Gesellschaft da. Doch Beispiele häufen sich, in denen staatliche Macht überhandnimmt – oft auch, weil sich Bürger zu wenig einbringen. MICHAEL VON LIECHTENSTEIN

Der Staat ist eine organisierte Form des Zusammenlebens von Personen auf einem bestimmten Territorium. Seine Aufgabe ist es, die Bürger vor inneren und äusseren Angriffen zu schützen. Ob der Staat diese Aufgabe durch den Willen seiner Bürger übertragen erhält oder einzelne Gruppen diese Aufgabe an sich nehmen, ist dabei bedeutungslos. Nachhaltig erfolgreich ist ein Staat jedoch nur dann, wenn seine Aktivitäten grundsätzlich im Einklang mit dem Bürgerwillen und den Bürgerrechten stehen. Die Grundregeln für das Funktionieren eines Staates werden in der Verfassung festgelegt. Das primäre Ziel einer freiheitlichen und demokratischen Verfassung ist, den Bürger, seine Freiheit und seine Rechte vor staatlichen Übergriffen zu schützen.

Bei den meisten heutigen Territorialstaaten lässt sich eine Hierarchie von Einheiten erkennen, die ausgehend von der Einzelperson über die Familie zur Gemeinde, zum Kanton oder Land, zum Bund oder zur Nation bis hin zu internationalen Organisationen führt. Damit die Bürgerrechte gewahrt bleiben, ist das Prinzip der Subsidiarität wesentlich. Denn in aller Regel hat ein Bürger mit Wahlrechten auch die Fähigkeit zu beurteilen, was in seinem besten Interesse ist. Dieses persönliche Interesse kann nur dann eingeschränkt werden, wenn es das Wohlergehen anderer schmälert.

### Illusion der Sicherheit

Ein Staat, der seine Aufgabe darin sieht, das langfristige Wohl seiner Bürger zu schützen, sollte im Idealfall auf diese Weise aufgebaut sein. Je kleiner die politische Einheit, desto mehr kann sich der Einzelne einbringen. Freiheit heisst Mitverantwortung. Deshalb sollten nur die Aufgaben auf grössere Ebenen übertragen werden, die nicht lokal gelöst werden können.

Nun gibt es «Weltverbesserer», die zu wissen glauben, was das Beste für die Gemeinschaft der Bürger ist. Sie bringen sich in die staatliche Machtstruktur ein als Politiker, politische Parteien, Interessengemeinschaften oder im Extremfall als mehr oder weniger wohlwollende Diktatoren. Es ist eine Illusion, dass das «Wohlergehen» den Bürgern aufgezwungen werden kann, was aber immer wieder versucht wird. Personen, die ihre Meinung durchdrücken wollen und dazu die staatlichen oder politischen Hilfsmittel bekommen, werden durch Macht korrumpiert. Das führt dazu, dass die Bewahrung der Macht zur wichtigsten Motivation wird, alles unter dem Vorwand «im besten Interesse der Gemeinschaft». Je mehr Aufgaben zentralisiert bzw. harmonisiert sind, desto leichter setzt sich ein solcher Machtmissbrauch durch.

Rechtliche Prinzipien sind unter dem Motto «zum besten Nutzen der Gesellschaft» gefährdet. Der Staat erlässt etwa Gesetze mit rückwirkender Wirkung. Die Menge an Gesetzen und Verordnungen und das immer unklarer werdende Rechtssystem erlauben der Justiz alsdann, in den Rechtssetzungsprozess einzugreifen. Diese Entwicklung widerspricht klar dem Prinzip der Gewaltenteilung.

Es gibt eine Fülle solcher Fehlentwicklungen: Die Schuldenkrise ist ein Beispiel für das Fehlen von Nachhaltigkeitsbewusstsein in der Politik und für

förderte zahlreiche Innovationen, gleichzeitig wurde die Infrastruktur stark verbessert. Allerdings führte das Wachstum zu einer gewissen Bequemlichkeit, und immer mehr ging es um Besitzstandswahrung zulasten eines echten Fortschritts. Freiheit wurde gegen Sicherheit eingetauscht. Das ermöglichte die erwähnte Korruption durch Politik und Macht. Der Wohlfahrtsstaat versetzte die Bürger in eine Illusion der Sicherheit. Eine Sicherheit, die nun durch die Verschuldungskrise durchlöchert wird. Das berühmte Zitat «Die Renten sind sicher» wird hinfällig.



Die Ursache der Schuldenkrise zeigt, dass die Politik Geschenke machte, um das Wahlverhalten zu beeinflussen. MICHAEL VON LIECHTENSTEIN

die Missachtung des Bürgernutzens. Die Ursache der Schuldenkrise zeigt nämlich, dass die Politik in der Vergangenheit Geschenke an die Bürger machte, um das Wahlverhalten zu beeinflussen. Unfinanzierbare Ausgaben wurden zugesagt. Die Bevölkerung wurde in die Irre geführt. Fatal, dass durch die Annahme der Geschenke die Abhängigkeit von staatlichen Strukturen so stark stieg, dass die bürgerliche Freiheit und die individuelle Willensbildung nach und nach eingeschränkt wurden – davon abgesehen, dass man langfristig nicht mehr ausgeben kann als einnehmen.

Es kam zu einer Flut von Gesetzen und Verordnungen, und je grösser sie wurde, desto schwieriger wurde es für den Bürger, sich zurechtzufinden. Dadurch wiederum sahen sich staatliche Stellen gezwungen, mehr Überwachungsmechanismen einzuführen. Und so dreht sich eine Spirale, die dazu führt, dass einerseits der Staat seine ursprünglichen Aufgaben immer weniger wahrnehmen kann, andererseits die genannte Hierarchie umgedreht wird und schliesslich das langfristige Wohlergehen der Bürger in den Hintergrund rückt.

Daraus wird ersichtlich, dass ein nachhaltig funktionierendes politisches System – denn letztlich ist ein politisches System nichts anderes als das Zusammenspiel zwischen Staat und Bürger – das Prinzip der Subsidiarität benötigt. Ein gutes Beispiel hierfür bietet die Schweiz mit dem Element der direkten Demokratie.

Schaut man auf die letzten Jahrzehnte zurück, erkennt man in Europa und den USA einen Innovations- und Wirtschaftsboom, der aufbaute auf einem wohlverstandenen Unternehmertum in den Fünfziger-, Sechziger- und Siebzigerjahren. Es

Der liechtensteinische Landtagspräsident Paul Kindle sagte in einer Rede zum Staatsfeiertag Anfang der Neunzigerjahre, dass es notwendig wäre, für jedes neue Gesetz zwei alte abzuschaffen, damit der Rechtsstaat aufrechterhalten werden könne. Das bedeutet, dass nur ein übersichtliches und logisches Rechtssystem eine Basis für einen funktionierenden und gelebten Rechtsstaat sein kann. Ist dies nicht der Fall, so ist der Bürger weitgehend hilflos staatlichen Übergriffen ausgesetzt.

### Aktiv mitbestimmen

Die Aufgabe eines politischen Systems im demokratischen Rechtsstaat ist es, das langfristige und nachhaltige Wohl des Bürgers zu sichern, indem es die wesentlichen Rahmenbedingungen zur Verfügung stellt. Das nachhaltige Wohlergehen aber kann nur über ein gutes Zusammenspiel von Bürger und Staat funktionieren.

Die Rolle des Bürgers liegt demnach darin, sich verantwortungsvoll in das politische System einzubringen und die Rahmenbedingungen im Staat aktiv mitzubestimmen. Der Bürger sollte nicht aus Bequemlichkeit und aus einem Sicherheitsbedürfnis heraus zulassen, dass allein eine kleine Einheit von Personen, etwa politische Parteien oder Spitzenbeamte, über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bestimmt.

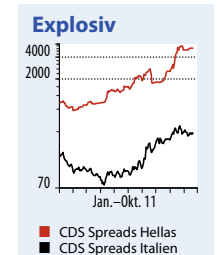
Michael von und zu Liechtenstein ist Präsident des Think Tank European Center of Austrian Economics Foundation, VR-Präsident von Industrie- & Finanzkontor und Gründer und Vorsitzender von Geopolitical Information Services in Vaduz.

## Bric wollen es chic



In den Schwellenländern wächst eine neue, an Luxus interessierte Käuferschicht heran. Der Schöpfer des Bric-Kürzels, Jim O'Neill, bezeichnet das als einen Haupttreiber der globalen Wirtschaft. SEITEN 30/31

## Risiko CDS



Für Anleger können sie nützlich sein, für das Finanzsystem sind Credit Default Swaps eine Gefahr. Obwohl das Volumen seit

der Krise abnimmt, ist das Risiko nicht zu unterschätzen, besonders, wenn es so konzentriert auftritt: 80% aller CDS-Verträge sind bei nur vierzehn Banken gebucht. SEITE 26

## Asset Management – Chance der UBS

Neben dem Private Banking und dem Investment Banking haben die beiden Schweizer Grossbanken das Asset Management etwas vernachlässigt – obwohl grosse Chancen locken und das Geschäft zur Schweizer Mentalität passt. SEITE 15

## Hebelwirkung

Lange unter Politikern verpönt, feiert der Leverage am EU-Gipfel eine Renaissance: Dank eines Hebels soll der Rettungsschirm EFSF schlagkräftiger werden. SEITE 2

## Wenig Präsenz

Aktionäre kotierter Gesellschaften sind bei der Ausübung ihrer Stimmrechte nachlässig. Online-Lösungen rund um die Generalversammlung könnten das ändern. SEITE 20

## Geld und Brief

Huber+Suhner Seite 3

## Aktienexposé

Mobilezone Seite 13

## Praktikus

Griechische Milliarden Seite 13

Anzeigen

Picard | Angst  
Bei Stagflation helfen Rohstoffe  
Picard Angst Gruppe  
Bahnhofstrasse 13-15, CH-8808 Pfäffikon SZ  
+41 (0)55 290 50 00 | [www.picardangst.ch](http://www.picardangst.ch)

Wer denkt bei Blockbuster schon an Biotech  
[www.bbibiotech.com](http://www.bbibiotech.com)  
BBi Biotech  
Bellevue Investments

Defensiv durch die Krise Vermögensfonds Winbonds+  
StarCap Winbonds+ 43,7%  
Peergroup\* 7,7%  
Erfahren Sie mehr über unsere Anlagephilosophie und unsere Produkte unter [www.starcapital.ch](http://www.starcapital.ch) oder telefonisch unter +41 (0)71 686 85 85  
StarCapital\*

Was tun mit dem Schweizer Franken als «Quasi-Euro»?  
Mit der aktuellen Politik der Schweizerischen Nationalbank wird der Schweizer Franken zum «Quasi-Euro». Anleger sind deshalb gut beraten, ihre Währungsdiversifikation zu überprüfen. Erfahren Sie mehr im Videointerview mit Dr. Konrad Hummler auf [www.wegelin.ch](http://www.wegelin.ch)  
WEGELIN & Co.  
PRIVATBANKIERS SEIT 1741